

DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Januar 01/2012

Gefahr des Neofaschismus ernst nehmen

Brief an die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft am 23.11.2011

Aufklärung über das Verhalten von Justiz, Polizei und Verfassungsschutz bei neonazi-

satorische Plattform, Ideologieträger und Reservoir für neonazistische Gewalttäter

Im Zusammenhang mit zunehmend in die Öffentlichkeit gelangten Enthüllungen über das mörderische Treiben einer faschistischen Terrorgruppe um Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt und ihren Verstrickungen mit NPD-Kadern bis hin zu V-Leuten und unter Umständen sogar Beamten des Verfassungsschutzes möchten wir als betroffene Zielgruppe möglicher Anschläge an Sie herantreten, um grünes Licht für konsequente Aufklärung von Verquickungen und Kontakten auch im Bremer Gebiet zu bitten.

Als größte generationsübergreifende Organisation von Antifaschisten haben wir uns am Wochenende in unserem Bundesausschuss mit den Vorgängen befasst und sind zur Schlussfolgerung gelangt, dass es an der Zeit ist Behörden, Landesregierungen, -parlamenten und Parteien dringend nahezu legen den Neofaschismus endlich konsequent zu bekämpfen. Für

uns geht es um Durchsetzung des im Grundgesetz und in den Strafgesetzen verankerten Faschismusverbotes, umfassende

stischen Gewalttaten und gegenüber den Tätern. Das Verbot der NPD sehen wir als notwendig an, da sie Knotenpunkt, organi-

Geschäftsführender Vorstand (VVN-BdA Bremen)



Ulrich Schneider (m.) bei der Gingold-Lesung am 27.04.2010

Zu einem Vortrag von Dr. Ulrich Schneider (Kassel) zum 30. Januar 2012 um 19:30 Uhr im Ostkurvensaal im Weserstadion unter dem Titel "GEHT EUROPA NACH RECHTS? - EXTREME RECHTE IN EUROPA AUF DEM VORMARSCH?" möchten wir gerne gemeinsam mit Infamous Youth und in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Initiative e.V./die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bremen einladen. Dr. Ulrich Schneider ist Historiker und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer/Bund der Antifaschisten (FIR), Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu den Themen antifaschistischer Widerstand, KZ Buchenwald und Neofaschismus heute.

darstellt. Um den Weg für eine Eröffnung eines erneuten Verbotsverfahrens frei zu machen, halten wir die Abschaltung der V-Leute für dringend geboten. Kein einziges Verbrechen haben sie verhindert, Verbrecher allerdings eher geschützt und unterstützt.

Wir sind sehr empört über die vergleichsweise milde Behandlung der Schlägerbande der "STANDARTE" im Verfahren um den Überfall auf den Ostkurvensaal vor fünf Jahren. Umfassende Aufklärung ist hier dringend geboten. Wir sind ebenso empört über das zurückhaltende Auftreten der Polizei beim Konzert der "KC-Hungrige Wölfe" im Frühjahr in Oslebshausen. Ausufernde Überwachung kritischer Bürger dagegen ist sicher völlig ungeeignet demokratische Wachsamkeit und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern. Protest und Widerstand gegen Umtriebe und Aufmärsche von Neonazis dürfen nicht länger behindert und kriminalisiert werden.

Erforderlichkeit des NPD-Verbotes

ich teile Ihre Einschätzungen zur Erforderlichkeit des NPD- Verbotes und zum V-Mann Einsatz vollumfänglich! Neben der bundesweiten Aufarbeitung, welche m.E. In einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss erfolgen muss, wird die Bremer Situation Gegenstand der nächsten Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission sein.

Für die Bremer Sozialdemokraten ist Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Dieses können Sie auch an der großen sozialdemokratischen Beteiligung an der Demonstration gegen den NPD Aufmarsch ermes sen.

Als Teilnehmer der Demonstration am 30.04.11 hatte ich jedoch auch das Erleben, dass die Aktionsformen des "schwarzen

Blocks" wenig geeignet waren, eine Solidarität der Antifaschisten sicherzustellen. Interessiert wäre ich daran, mich mit Ihnen über Ihre Vorschläge für eine effektive Strategie zur Bekämpfung des Neofaschismus auszutauschen.

Björn Tschöpe (Vorsitzender der SPD Bürgerchaftsfraktion Land Bremen)

Offener Brief aus der Geschichtswerkstatt Gröpelingen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hollatz!
Sehr geehrte Damen und Herren im
Lilienthaler Gemeinderat!

Seit Jahren beobachten wir mit Sorge die Existenz einer Baguetterie an der Hauptstraße in Lilienthal, Ecke Zinckestraße. Dieses Geschäft wird von Hannes Ostendorf betrieben, dem Sänger der rechtsradikalen Band "KATEGORIE C – HUNGRIGE WÖLFE" und Mitglied der rechten Hooli-gan-Szene in Bremen. Hannes Ostendorf wurde kürzlich im Zusammenhang mit einem brutalen Überfall auf Werder-Fans in der Ostkurve rechtskräftig verurteilt und steht seit langem unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes. Die Texte seiner Lieder enthalten rechtsextremistisches Gedankengut, das geeignet ist, "verfassungswidrige Assoziationen beim Publikum hervorzurufen oder aber zu steigern". Die Texte des Rechtsrockers veranlasste die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, eine "Kategorie C"-CD auf die Liste jugendgefährdender Medien zu setzen.

Raubzug gegen Zwangsarbeiter

Der belgische Finanzminister Didier Reynders wurde kürzlich aufgefordert zu handeln. Deutsche Finanzbehörden bitten ehemalige belgische Zwangsarbeiter zur Kasse. Sie sollen dem deutschen Staat Senator Ahmed Laaouej (SP) zufolge Vermögenssteuern auf Entschädigungsleistungen zahlen. Dutzende ehemaligen Zwangsarbeiter riefen erbost beim Pensionsfonds an, um sich zu beklagen.

Zwangsarbeiter hatten keine Arbeitsverträge, sondern wurden millionenfach zwangsweise zur Arbeit in deutschen Rüstungsbetrieben, bei Kommunen oder in der Landwirtschaft verschleppt. Es ist schlicht

Bremens Parlament zum NPD-Verbot

Am Donnerstag, den 15. Dezember lag den Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft ein Antrag zur Beratung und Beschlussfassung vor, der sich für die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD und deren faschistischen Anhang ausspricht.

Leider können wir über das Ergebnis dieser Beratung wegen des Redaktionsschlusses unseres BAF hier nicht mehr berichten. Das Folgende möchten wir jedoch schon heute dazu sagen.

Wir begrüßen uneingeschränkt, dass es in dieser Frage – unseres Wissens auf Initiative des Innensensors Mäurer – zu einem gemeinsamen Antrag der vier in der Bürgerschaft vertretenen Parteien gekommen ist. Seit 2006 kämpft unsere VVN-BdA mit ihrer Kampagne "nonpd" für ein konsequentes Vorgehen gegen diese Verfassungs-

Der Inhalt der CD sei geeignet, "Kinder und Jugendliche soziolethisch zu desorientieren."

Vergangenen Freitag mussten wir im Zusammenhang mit dem Auftrittsverbot seiner Band dem Weser-Kurier folgende Zeilen entnehmen:

"Nach Informationen dieser Zeitung stellt Ostendorf inzwischen einen Antrag auf Gewerbeerweiterung für sein Geschäft zum 1. Dezember 2011. Danach will er neben Baguettes, Pizzen und Salaten auch Bekleidung und Schmuck verkaufen. Dabei scheint nicht ausgeschlossen, dass sich das geplante Sortiment auch auf Kleidung mit rechtsradikaler Symbolik bezieht. Diese hatte Hannes' jüngerer Bruder Marten bereits im "Sportsfreund" an der Bremer Faulenstraße vertrieben. Nach Protesten der Bürgerinitiative "Ladenschluss" zog der Inhaber von der Faulenstraße nach Findorff und nannte den Laden fortan "Gladiator". Nach Protesten wurde auch dieser Mietvertrag gekündigt und das Geschäft Ende Juni geschlossen."

unverfroren, ihnen Steuerbescheide zugehen zu lassen, da ihnen der Lohn vorenthalten wurde, und das "Dritte Reich" der Industrie eine Pauschalabgabe gezahlt hatte. Auf ihren Antrag auf Entschädigung erhielten zwei Zwangsarbeiter aus Meensel-Kiezegem vor Jahren den Bescheid, ihr Lager sei nicht in dem Umfange bewacht gewesen, wie ein reguläres KZ, und die Arbeit nicht unter erschwerten Umständen zu leisten gewesen. Herr Schäuble und Frau Merkel brauchen dringend Geld, da müssen halt wohl altgediente Arbeitssklaven noch mal ran.

Raimund Gaebelein

feinde. Mit tausenden Bürgern haben wir gesprochen und deren Zustimmung erhalten. Waren aktiv bei den großen Anti-NPD-Demos dabei. Dass nun endlich Bewegung in die Sache kommt, dazu haben auch wir Antifaschisten beigetragen.

Wir gehen davon aus, dass die Bürgerschaft, wenn nicht einstimmig, so doch mit großer Mehrheit dem Antrag zustimmen wird, übersehen aber nicht, dass ein neues Verbotverfahren nur von der Bundesregierung eingeleitet und von einer Mehrheit des Bundestages und des Bundesrates bestätigt werden muss. In diesen Gremien sind jedoch nicht wenige Politiker die ein NPD-Verbot hartnäckig ablehnen.

Die Aktivitäten für ein Verbot müssen deshalb 2012 fortgesetzt werden.

Ingeborg und Herbert Breidbach

Der ältere Bruder von Hannes und Marten ist übrigens Hendrik Ostendorf, ein bekannter Funktionär der rechtsradikalen NPD. Nach unseren Informationen sollen für den neuen Zweck weitere noch leerstehende Räume in dem gleichen Gebäudekomplex in Lilienthal angemietet werden. Wir bitten Sie inständig, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, diese Gewerbeerweiterung und damit die Gründung eines Rechtsradikalentreffs mitten in Lilienthal zu verhindern. Sollten die Gesetze dafür nicht ausreichen, bitten wir Sie, umgehend Verbindung mit dem Besitzer der Immobilie aufzunehmen, um es erst gar nicht zu einer Verpachtung kommen zu lassen. Zur Not könnte die Gemeinde die Räume anmieten. Die Unterzeichner dieses Briefes werden für eine weitere Unterstützung dieser Zeilen bei den Lilienthaler Vereinen und der Lilienthaler Bevölkerung werben.

In großer Sorge

Günter Reichert

Steine können reden

70 Jahre nach seiner Deportation nach Minsk kam Otto Polak (78) zurück an den Ort, von dem aus er als Siebenjähriger seine vermeintlich letzte Reise antreten sollte. Nur zwei von 570 Juden aus Bremen kehrten zurück. In ihrer Eröffnung wies Frau Dr. Barbara Johr darauf hin, das sich nach Inbrandsetzung der Synagoge in der Gartenstraße das letzte Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde und die "Jüdische Schul" in der Kohlhöckerstraße 6 befanden. Hier wurden 1941 Juden zur Deportation nach Minsk gesammelt.

Ein weiterer großer Transport führte 1942 nach Theresienstadt. Bis Februar 1945 waren nur noch mit christlichen Ehepartnern verheiratete Juden vor dem endgültigen Abtransport geschützt. Luise Scherf fand in der Liste der 51 Juden, die nach Minsk verschleppt wurden, zwei Kinder ihres Jahrgangs. Mit bewegenden Worten schilderte sie Ottos Weg aus Weyhe, wo er ausgestoßen war, zum Bremer Hauptbahnhof und von dort zusammen mit seiner elfjährigen Freundin Ingrid Cohen in die Kohlhöckerstraße. Schamhaft versuchte er mit seiner viel zu kleinen Hand den Judenstern zu verdecken. Ingrid hatte nicht das Glück zurückzukehren.

Schülerinnen und Schüler lasen die Namen der 51 jüdischen Männer, Frauen und Kinder, nachdem sie zuvor jeden Namen auf einen einzelnen Stein geschrieben und vor dem Haus mit der Nummer 6 zu einem Steinbeet unter der Gedenktafel neben dem Eingang zusammengefasst hatten.

Raimund Gaebelein

Gruß zum Neuen Jahr

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

wir möchten Euch herzlich einladen zum Mitberaten und Mitgestalten der nächsten Aktivitäten. In den letzten Monaten konnten wir unsere alten Kontakte zu den alternativen Jugendbündnissen und Fußballfan-Gruppen wieder neu befestigen, zu Infamous Youth, Rise Up, Aufmucke gegen Rechts und Buchte. Gemeinsam wollen wir ab Ende Januar eine Gesprächsreihe zu Arbeiterwiderstand/Antifaschismus mit Vorträgen, Lesungen, Film, Rundgängen gestalten. Auftakt wird ein Referat unseres Kameraden Dr. Ulrich Schneider am 30. Januar im Ostkursensaal des Weserstadions zur Extremen Rechten in Europa sein. Wir sehen es als Zeichen der Solidarität mit den Opfern des Überfalls der NS-Hooligans der "STANDARTE" vor fünf Jahren. Der Quasi-Freispruch der Gebrüder

Ostendorf und ihrer Mittäter durch Bremer Richter im November zeigt, dass wir uns verstärkt zusammenschließen müssen. Wir halten es für wichtig, die Ausstellung "NEOFASCHISMUS IN DEUTSCHLAND" noch einmal in Bremen zu zeigen.

Das Gedenken an die Bremer Räterepublik wird wegen der verschärften Sparpolitik und angesichts der sinkenden Wahlbeteiligung zum interessanten Forum für mehr Demokratie. Auch hier wird seit Spätsommer versucht jüngere Leute für diese Gedenkarbeit zu begeistern.

Cowa Cup Fußballturnier und Eine Welt Fest finden bereits in der ersten Julihälfte im Bremer Westen statt, Ende August erwarten wir eine große Gruppe Angehöriger aus Meensel-Kiezegem, denen wir den Bremer Widerstand näher bringen wollen.

Geschäftsführender Vorstand

Auswärts eingesetzt

Jahrzehntlang blieb die Geschichte der Bremer Polizeibataillone 105 und 303 im Dunkeln, ihr Kriegseinsatz in den besetzten Niederlanden und der besetzten Sowjetunion. Den ersten Einsatz hatte das zu Kriegsbeginn 1939 aufgestellte Reserve Polizeibataillon 105 mit der Besetzung Norwegens. Mit dem Einfall in die Sowjetunion rückte es im Sommer 1941 über die baltischen Staaten bis zum eingeschlossenen Leningrad vor. Der Auftrag bestand in der "Sicherung des rückwärtigen Heeresgebiets", in der Bekämpfung von Partisanen. Die Kriegstagebücher sind nicht mehr vorhanden, erhalten sind jedoch Briefe des Kaufmanns Hans Hesppe. 500 Mann im Alter von 30-40 Jahren, Kaufleute, Handwerker, Angestellte zogen Ende Juni 1941 bis vor das belagerte Leningrad. Ihnen war freigestellt, "in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung Exekutivmaßnahmen zu treffen." Bremer Polizisten exekutierten "aufgegriffene angebliche Heckenschützen". Wälder, Dörfer, Häuser wurden nach flüchtigen Rotarmisten durchkämmt, aus der belagerten Stadt fliehende Zivilisten auf kurzen Haarschnitt untersucht. Bereits in den ersten Kriegstagen wurden Kommunisten und Juden unter den Kriegsgefangenen selektiert. Häuser und Scheunen wurden mit Handgranaten in Brand gesetzt, um Partisanen keine Rückzugsmöglichkeit zu erlauben. Um Menschen aufzuspüren, wurden alte Männer, Frauen, Kinder streng verhört.

Von Januar 1942 wurde das Polizeibataillon 105 bis Kriegsende in den besetzten Niederlanden eingesetzt. Zunächst im Raum Den Haag zur Objektbewachung. Von 15. Juli 1942 an fuhren jeden Donnerstagmorgen zwei Sonderzüge mit 90.000 holländischen Juden vom Sammellager Westerbork nach Auschwitz. Die Transportbegleitung oblag Angehörigen des Bremer Polizeibataillons 105. Angehörige des Bremer Polizeibataillons

ergriffen Juden bei Razzien und brachten sie zu bereitstehenden Güterzügen. Spätestens bei der Übergabe der Namenslisten an der Rampe in Auschwitz wussten sie, was mit den eingefangenen Juden geschah. Ende Mai 1945 wurden die Angehörigen des Bremer Polizeibataillons 105 von den Briten für sechs Monate in Esens interniert, bevor sie von den Amerikanern auf ihre Arbeitsfähigkeit untersucht und für die Verwendung im Polizeidienst freigestellt wurden. 188 von ihnen erschienen zur Wiedereinstellung. Der vormalige Spieß wurde verantwortlicher Mann im Innendienst.

26.000 Männer zwischen 18 und 30 wurden im Herbst 1939 in der Polizeikaserne Holdheim und in der Lettow-Vorbeck-Kaserne militärisch ausgebildet. Ende September 1940 wurden sie als Polizeibataillon 303 an die deutsch-sowjetische Grenze im besetzten Polen gebracht. Sie sollten die Einhaltung der nächtlichen Ausgangssperre für Juden überwachen, Schwarzhandel und Alkoholschmuggel unterbinden und auf Razzien in Krakau ausgehobene Juden in ein Sammellager an der Grenze "umsiedeln". Nach dem Überfall auf die Sowjetunion sollten sie gegen versprengte Rotarmisten vorgehen und das ostgalizische Erdölgebiet sichern.

Das Bremer Polizeibataillon 303 war beteiligt an dem zweieinhalb Tage währenden Massenmord an 33.771 Kiewer Juden in der Schlucht von Babij Jar am 28./29. September 1941. Bereits in den Tagen vorher wurden die Wohnungen der Juden von Kiew registriert. Die 1. Kompanie durchsuchte Wohnungen, zum trieb Juden zusammen; sperrte Straßen ab und zur begleitete die Opfer bis zum Hinrichtungsort. Sie kontrollierten und registrierten die Juden an einem Kontrollpunkt und nahmen ihnen die Pässe ab, sammelten und transportierten Gepäckstücke und Wertsachen. Dann trieben sie ihre Opfer auf freies Gelände, wo diese sich

Zum Jahresauftakt

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Friedensfreunde, liebe Leser des "Bremer Antifaschist",

Das Neue Jahr wollen wir gemeinsam am Samstag, den 21. Januar 2012, um 15:00 Uhr, in den Räumen des Arbeitervereins Use Akschen im Lichthauskeller Hermann-Prüser-Straße 4 beginnen. Neben einem bebilderten Jahresrückblick sind Jochen & Eva Ströh und Klaus Levin für Widerstandlieder angefragt.

Wer einen Kuchen oder eine Torte backen kann, möchte sich bei uns im Büro melden.

Wer abgeholt werden möchte, sollte ebenfalls kurz Bescheid geben.

Der Landesvorstand

unter Stockhieben ausziehen hatten. Erst bei Betreten der Schlucht sahen sie die bereits mit Leichen gefüllten Gräben. Weil es so viele waren, wurden nicht alle gleich am ersten Tag erschossen, sondern zum Teil über Nacht in ein stillgelegtes Traktorenwerk gebracht. Die wenigen Flüchtenden wurden gejagt und eingefangen, die noch nicht ermordeten Juden am folgenden Tag zur Erschießung in die Schlucht von Babij Jar zurückgebracht.

Im Oktober 1941 wurde das Polizeibataillon 303 zu weiteren "Säuberungsaktionen" nach Solotonosha abkommandiert, im November nach Kremenchug, Poltawa und Sankow. *"Die Frauen haben geweint. Es war ein erschütterndes Bild ... Kinder brauchte ich Gott sei Dank nicht zu erschießen"*, schrieb Heinrich M., einer der 11 namentlich bekannten Bataillonsangehörigen. Über Shitomir und die Pripjetsümpfe führt die Blutsprache der Bremer Polizisten nach Parafianow im Raum Minsk, wo sie bei heftigen Gefechten mit Partisanenverbänden stark aufgerieben und 1944 zur "Partisanenbekämpfung" an die Adria verlegt wurden. 14 Jahre lang wurden die Unterlagen durch elf Staatsanwaltschaften gereicht, bis auch das letzte Verfahren 1978 "aus Gründen der Gleichbehandlung" eingestellt wurde, da der Beschuldigte "letzter Befehlsempfänger" gewesen sei. "Ohne sie sind die hohen Mordraten der Einsatzgruppen nicht zu erklären", schreibt Innensenator Ulrich Mäurer in seinem Vorwort.

Karl Schneider, Auswärts eingesetzt. Bremer Polizeibataillone und der Holocaust, 812 S., Klartext Verlag, Essen, Sept. 2011, ISBN 978-3-8375-0527-6, mit ausführlichem Anhang, Literatur-, Namens- und Ortsregister, 39,95 Euro

Raimund Gaebelein

Unbekanntes Gestapo-Gefängnis?

Zum Artikel "Erstmals Zutritt zum vergessenen Bunker" von Jürgen Hinrichs (WK 09.11.2011)

Könnte die Lage des Anfang November in den Wallanlagen aufgefundenen Luftschutzkellers zwischen Polizeihaus und Ostertorwache, das Verschwinden jeglicher Unterlagen, die Wandbeschriftungen, mal in Französisch, mal in Russisch oder Serbisch vielleicht auf ein unbekanntes Gestapo-Gefängnis hindeuten? Prof. Knauf hat

ja schon darauf hingewiesen, dass Zwangsarbeiter keinen Bunkerzutritt hatten, zumal wenn sie aus dem Osten kamen. Die Ostertorwache war chronisch überbelegt, Gestapoanhörer fanden am Wall oder in der Ostertorwache statt.

Die Inschriften sollten sorgfältig dokumentiert und ausgewertet werden, zumal sie sich anscheinend über den ganzen Kriegsverlauf erstrecken.

Raimund Gaebelein

Stolperstein für Johann Heuer

"Seit Jahren ist es gute Tradition des Beirats zur Erinnerungsarbeit an die Opfer der faschistischen Verfolgung in Gröpelingen beizutragen. Ich bitte daher um die Bewilligung von 95,- Euro für einen Stolperstein zur Erinnerung an Johann Heuer, Wittekindstraße 31 in 28239 Bremen, der am 26.09.1940 im KZ Dachau ums Leben kam.

Wilhelm Heinrich Johann Heuer wurde am 26.06.1890 in Bremen geboren, schloss eine Formerlehre ab und arbeitete auf der A.G. Weser. Wegen Verbreitung von Schriften

der KPD wurde er Ende November 1933 zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Zu Kriegsbeginn wurde er erneut verhaftet und am 09.09.1939 vom Zuchthaus Oslebshausen ins KZ Sachsenhausen deportiert, von dort zu einem unbekanntem Zeitpunkt ins KZ Dachau, wo er am 26. September 1940 umkam. Er hinterließ eine schwerkranke Ehefrau und sechs Kinder, von denen drei früh starben."

Marion Bonk (Sachkundige Bürgerin Soziales)

Patenschaften für Stolpersteine

49 Stolpersteine gibt es in der Neustadt. Doch deren Pflege kommt laut der Sprecherin des Arbeitskreises Langemarkstraße, Ingeborg Breidbach, zu kurz. Ähnlich wie sie die Stolpersteine in der Kantstraße 42 und Hegelstraße 75 auch mit 83 Jahren noch putzt und poliert, so fordert sie es auch von anderen. Das Neustädter Beiratsmitglied Rainer Müller (SPD) regt Patenschaften für Stolpersteine an, um

diese Idee umzusetzen. Der stellvertretende Beiratssprecher Jens Oppermann (SPD) verspricht, dass künftig in jeder Beiratssitzung berichtet wird, wenn ein neuer Stolperstein gesetzt wurde. Die Standorte der Stolpersteine sind im Internet unter www.stolpersteine-bremen.de.

(Stadteil-Kurier vom 24.11.2011)

Termine

Dienstag, 24. Januar 2012,
um 20:00 Uhr

Prof. Dr. Jörg Wollenberg, Bremen Räumung von Auschwitz und Schachergeschäfte um Menschenleben. Separatfrieden mit dem Westen als Beginn des Kalten Krieges

MASCH-Bremen Villa Ichon, Bremen, Goetheplatz 4

Donnerstag, 09. Februar 2012,
um 20:00 Uhr

Prof. Dr. Gerhard Engel, Klausdorf Johann Knief. Bremer Schulreformer, Musikkritiker und Revolutionsstrategie

MASCH-Bremen Villa Ichon, Bremen, Goetheplatz 4

Sonntag, 12. Februar 2012,
um 11:00 Uhr

Treffen am Haupteingang Waller Friedhof (Straßenbahn 2 und 10) Gedenkveranstaltung für die Verteidiger der Bremer Räterepublik, anschließend Kulturprogramm in der Kulturwerkstatt Westend zum Thema Erich Mühsam

www.vvn-bda.de

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind Am Speicher XI Nr. 9, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

Montag: 16:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag: 16:00 - 18:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de

Internet: www.bremen.vvn-bda.de

Internet: www.kueste.vvn-bda.de

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913

BIC: SBRE DE 22

IBAN: DE06 29050101 000 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig

anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (0421-6163215 oder 0176/49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich jeden zweiten Montag von 18:30 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:30 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und

Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Rassismus
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Erinnerungsarbeit

Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.

Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Bremen, den _____